

Die unsoziale, unökologische und unsolidarische Politik wird in NRW auch 2008 fortgesetzt. Der Staat muss für alle Bürgerinnen und Bürger da sein, doch in NRW werden Reiche immer reicher und Arme immer ärmer. Dass fast 500.000 Kinder in NRW unter Hartz-IV-Bedingungen groß werden unterstreicht, dass es in unserem Land keine Chancengleichheit gibt und mit dieser Regierung auch nicht geben wird. Und immer heißt es: Es ist kein Geld da.

Der neuen Partei DIE LINKE. NRW geht es im Gegensatz zu allen anderen Parteien in NRW darum, sich nicht einseitig auf

heit, dass kein Geld da wäre, denn die Steuerkassen sprudeln. Außerdem werden in Berlin von der CDU mit der SPD,



## 2008 – Neue soziale Ungerechtigkeiten und Privatisierungen

das Sparen im sozialen oder ökologischen Bereich zu konzentrieren, wie es FDP/CDU im Wesentlichen machen. Unser Ziel ist es, den Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben in der Daseinsvorsorge für alle zu befähigen. Es ist nicht die Wahr-

heit, dass kein Geld da wäre, denn die Steuerkassen sprudeln. Außerdem werden in Berlin von der CDU mit der SPD, die sich angeblich wieder für soziale Gerechtigkeit einsetzt, erneut die Unternehmenssteuern gesenkt. Uns fehlen in NRW dadurch im nächsten Haushalt 800 Millionen Euro. Ebenso wie – auch wieder mit der SPD – die Erbschaftssteuern für Reiche passend gemacht werden und Milliarden für die öffentlichen Kassen an reiche Erben verschenkt werden.

Auch eine Privatisierung der West LB und der Sparkassen wird durch ein neues Sparkassengesetz vorangetrieben.

Die Regierung Rüttgers macht auch 2008 keine Politik für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und schon gar nicht für diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind. Sie macht keine Politik der Chancengleichheit und schon gar nicht für die Schwächeren, sozial Benachteiligten, Kinder und Jugendlichen in NRW.

Die Lernmittelfreiheit für Kinder, auch in Sozialhilfe, bleibt gestrichen und nur wenige sollen, durch 15 Millionen Euro im Haushalt, ein preiswertes Schulessecken bekommen. Es heißt zwar: „Die jungen Menschen sind unsere Zukunft“, doch CDU-Minister Laschet zieht die Lasche immer enger. Das gegen die Kinder gerichtete KiBiZ-Gesetz hat zu Recht zu Massenprotesten geführt. Höhere Elternbeiträge statt Beitragsfreiheit ist die Realität in NRW. Der ▶

### Privat vor Staat?

#### Armenküchen auf dem Vormarsch

Informations- und Diskussionsveranstaltung am **Freitag, den 29. Februar 2008 von 16 bis 19 Uhr** im ehemaligen Gemeindesaal der Christuskirche Bochum am Westring 26 b.

#### Zur verfehlten Finanzpolitik von Bund und Land...

Ulla Lötzer, MdB  
(DIE LINKE. im Bundestag)  
Rüdiger Sagel, MdL  
(DIE LINKE. im Landtag NRW)

#### ...und den Folgen für Bochum

Sophie Graebisch-Wagner,  
Sozialdezernentin  
Ute Auer, Arbeitslosenberatung  
Michael Hermund, DGB Ruhr-Mark

Die falsche und ideologische Politik von Ministerpräsident Rüttgers und seinem Finanzminister Linssen findet 2008 seine Fortsetzung. Eine neue Privatisierungswelle wird 2008 durch das Land rollen, doch auch sie wird letztlich nicht der Haushaltskonsolidierung dienen, sondern ist nur von Ideologie getragen, die nach wie vor „Privat vor Staat“ heißt! Die Landesentwicklungsgesellschaft LEG soll mit ihren ca. 100.000 Wohnungen, von denen zahlreiche Sozialwohnungen sind, privatisiert werden.

### 2008

*DIE LINKE im Rat wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes neues Jahr und verbindet dies mit der herzlichen Einladung zum Neujahrsempfang. Am 11. Januar um 15 Uhr wagen wir einen Rück- und Ausblick, diesmal im Büro unserer Bundestagsabgeordneten, Sevim Dagdelen, in der Allee-straße 36. Über eine rege Teilnahme, Kritik und Anregungen würden wir uns sehr freuen.*



Herzliche Grüße

*Sevim Dagdelen*

- Landesjugendplan wurde und bleibt auch im nächsten Jahr um 21 Millionen Euro gekürzt.

Diese Lasten müssen auch die Kommunen tragen. Gleichzeitig steigt die Verschuldung

### Neue Adresse für Arbeitslose

Im November hat die Beratungsstelle für Arbeitslose in der Brückstr. 46 ihre Arbeit aufgenommen. Die langjährige und engagierte Mitarbeiterin der evangelischen Beratungsstelle, Ute Auer, wird seitdem von Ulrich Schneider in den neuen Räumlichkeiten in der Brückstraße unterstützt. Arbeitslose können sich mit allen Fragen, die ihre Arbeitslosigkeit betreffen, kostenlos an die Beratungsstelle wenden. Eine Terminabsprache wird dringend empfohlen. Tel.: 35 00 91.

### Wir sind für Sie da

Immer montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 16.30 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1 – 3, persönlich und telefonisch unter 910-1295 zur Verfügung:

**7.1.:** Ernst Lange, Mitglied des Rates und des Sozial- und Gesundheitsausschusses  
**21.1.:** Peer Wollnik, Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr  
**28.1.:** Uwe Vorberg, Mitglied des Rates und im Ausschuss Arbeit, Wirtschaft, Grundstücke  
**11.2.:** Bianca Schmolze, Mitglied des Rates und des Migrationsausschusses  
**18.2.:** Carl-Friedrich Geyer, Mitglied der Bezirksvertretung Süd  
**25.2.:** Hella Eberhardt, Mitglied des Frauenbeirats

der Kommunen auf über 13 Milliarden Euro und zwingt die meisten Kommunen in die Haushaltssicherung. Damit richtet sich die aktuelle Steuer- und Finanzpolitik wieder gegen Bürgerinnen und Bürger, denn ganz klar ist: Wenn den Städten die Mittel fehlen, wird der Sozialetat beschnitten und werden im Umwelt- und Ökologiebereich Projekte wieder nicht verwirklicht werden können.

Wir brauchen deshalb eine andere Haushalts- und Finanzpolitik für NRW. Wir brauchen

eine Umverteilung der Lasten und ein solidarisches Steuersystem. Das Prinzip der Solidarität muss wieder in die Steuerpolitik des Landes NRW einziehen. Dazu bedarf es einer sozial gerechten ökologischen und nachhaltigen Finanzpolitik im Bund und in NRW. Wir brauchen eine Stabilisierung der Steuereinnahmen und eine Stärkung der öffentlichen Finanzen. Das ist im Wesentlichen durch die Einnahmeseite zu erreichen. Dafür steht DIE LINKE.NRW – im Gegensatz zu den neoliberalen Kräften im Land.



Rüdiger Sagel  
Mitglied des Landtags NRW

## Jede Menge Kohle – jede Menge CO2

**Ende Dezember hat der Rat mit einer großen Koalition (SPD, CDU, FDP, UWG und Soziale Liste) beschlossen, dass die Stadtwerke sich an dem Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle GEKKO in Hamm beteiligen.**

Bereits 2006 wurde die Beteiligung an einem Kohlekraftwerk in Lünen – auch mit den Stimmen der GRÜNEN – beschlossen. In Lünen hat sich daraufhin eine Bürgerinitiative gegründet, die in kurzer Zeit über 10.000 Unterschriften gegen das Kohlekraftwerk gesammelt hat. Zudem gründete sich

dort eine Initiative aus fast 100 Ärztinnen und Ärzten, die vor den gesundheitlichen Folgen neuer Kohlekraftwerke warnen. Und das zu recht.

Bei der Tagung des Weltklimarates auf Bali wurde deutlich, dass der Klimawandel dramatisch voranschreitet. Der Anteil der CO2-Produktion muss deutlich gesenkt werden, um den Klimawandel zu bremsen. Obwohl Steinkohlekraftwerke mehr als das Doppelte an CO2 ausstoßen als Gaskraftwerke und auch ein wesentlicher Verursacher der regionalen Feinstaubbelastung sind, wollen die

Bochumer Stadtwerke sich weiter an Kohlekraftwerken beteiligen. Der Grund: Die Bundesregierung begünstigt den Neubau von Kohlekraftwerken. Betrachtet man aber die Laufzeit der neuen Kraftwerke, können höhere Emissionszertifikats- und Rohstoffpreise schnell dazu führen, die Wirtschaftlichkeit der Anlagen zu gefährden.

DIE LINKE hält den Neubau von extrem klimaschädlichen Kohlekraftwerken weder unter ökologischen noch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für zeitgemäß. Deshalb lehnt DIE LINKE die Beteiligung an dem Kohlekraftwerk GEKKO in Hamm ab.

Auffällig ist, dass sich SPD und Grüne in Bochum bemühen, ein ökologisches Image zu gewinnen. Sie beschließen, dass die Stadt auf Ökostrom umsteigt und beteiligen sich an symbolischen Aktionen gegen den Klimawandel. Das kostet nicht viel und steigert das Ansehen. Über die von Ihnen beschlossenen Beteiligungen an Kohlekraftwerken schweigen sie lieber. **Uwe Vorberg**



© pixelio, mba.kohlehelm

# Was tun gegen Feinstaub?!

## Umweltzone Ruhr

**Feinstaub ist extrem gesundheitsgefährdend, er verursacht Asthma und andere Lungenerkrankungen. Im November wurde an der Messstelle an der Herner Straße zum 36. Mal der Grenzwert für Feinstaub überschritten. Nach EU-Richtlinie müsste nun ein Aktionsplan aufgelegt werden. Zuständig: Die Bezirksregierung in Arnsberg. Wenn sie jedoch nicht handelt, muss die Stadt Bochum für Abhilfe sorgen. Fragt sich nur: Wie?**

Einer der Hauptverursacher von Feinstaub ist neben der Industrie der Straßenverkehr. Er hört nicht an der Stadtgrenze auf, also wandert die verdreckte Luft auch über die Stadtgrenze hinaus. Kleinräumige Maßnahmen wie Straßensperren lösen die Probleme nicht, sie werden nur verlagert.

Aus diesem Grund hat der Regionalverband Ruhr (RVR) eine städteübergreifende Initiative für eine Umweltzone Ruhr ergriffen. Damit sollen besondere Dreckschleudern nach und nach aus dem Straßenverkehr im Ruhrgebiet verschwinden. Gleichzeitig sind eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und verschärfte Kontrollen von Kraftwerks- und Industrieanlagen vorgesehen. DIE LINKE im RVR unterstützt dieses Konzept nachdrücklich.

Der Vorschlag des RVR für eine solche Umweltzone stößt zum Teil in Wirtschaft und Politik auf erheblichen Widerstand. Insbesondere bei CDU und FDP ist dieser Vorschlag mehr als umstritten. So auch bei dem Arnsberger Regierungspräsidenten Diegel, der für das östliche Ruhrgebiet zuständig ist. Er hat sich klar gegen eine städteübergreifende Umweltzone ausgesprochen.

Selbst wenn die Stadt eine Umweltzone für ganz Bochum einrichten wollte, wäre Diegel

befugt, diesen Beschluss einzukassieren. Das machte der Leiter des Bochumer Umweltamtes, Gerhard Zielinsky, auf einer Veranstaltung der LINKEN deutlich. Aus diesem Grund ist die Verwaltung mit der Bezirksregierung in Verhandlungen getreten, um eine möglichst großflächige Umweltzone mit den am stärksten belasteten Straßenabschnitten durchzusetzen. Die Linksfraktion ist allerdings weiterhin der Meinung, dass auf Dauer nur eine städteübergreifende Umweltzone Sinn macht. Darin einbezogen werden müssten mittelfristig auch die Autobahnen. Sie sind weder



© pixelio, Dieter Haugk

in das Konzept des RVRs noch der Verwaltung einbezogen, weil sie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes gehören! Ein weiterer Ausbau der A 40, gegen den die Initiative gegen die DüBoDo und auch DIE LINKE gekämpft haben, wird dieses Problem noch verschärfen.

Deshalb werden wir weiter öffentlich Druck für umfangreiche Maßnahmen gegen Fein-

staub, auch im Bereich der Industrie, machen.

**Denis Herrenbrück**

*DIE LINKE. im RVR hat eine gut verständliche und informative Broschüre zum Thema Feinstaub und Umweltzone erstellt. Sie kann bei der Linksfraktion Bochum bestellt oder im Internet unter [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de) abgerufen werden.*

## Setzen! Sechs!

Das ist unser Urteil zum Umgang der VertreterInnen des Ostringgymnasiums mit der geplanten Fusion mit dem Albert-Einstein-Gymnasium. Noch in der letzten Ausgabe der Einblicke haben wir ein gewisses Verständnis für die Reaktionen gezeigt. Dieses Verständnis ist der Linksfraktion in der Zwischenzeit abhanden gekommen. Für Fleiß erteilen wir dem Ostring die Note EINS. Für logischen Denken, Argumentation und Stil eine SECHS. Da wurden weder Kosten (u.a. eine dreiseitige Anzeige im Stadtspiegel) noch Mühen gescheut. Die Ratsfraktionen sind von Zuschriften von Ehemaligen, LehrerInnen und Eltern zugeschüttet worden. Viele Argumente waren nicht zu finden. Dafür haben Menschen aus aller Welt, die von den Bochumer Begebenheiten offensichtlich wenig wissen, ihrer Sor-



© pixelio, s.hofschlaeger

ge um die humanistische Bildung zum Ausdruck gebracht, denn aus ihrer Sicht droht sie mit der Verlegung des Ostringgymnasiums unterzugehen. Solch ein Hochmut ist uns selten begegnet. Wenn das Ausdruck humanistischer Bildung ist, dann gute Nacht.

# Adolf-Stöcker-Straße umbenannt

Eine längst überfällige Entscheidung hat die Bezirksvertretung Bochum-Mitte auf ihrer Sitzung im Dezember getroffen. Die Adolf-Stöcker-Straße wurde in Anne-Frank-Straße umbenannt.

Grund für diese Straßenumbenennung war die Tatsache, dass Stöcker einen kämpferischen Antisemitismus propagierte. Er bezeichnete das Judentum als Götzendienst, sprach sich dafür aus, Lehrer und Juri-

sten jüdischen Glaubens aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen und bezeichnete jüdische Menschen als fremde Rasse und fremdes Volk in Deutschland.

Um die Person Stöckers weiter zu charakterisieren soll die Synode des Kirchenkreises Minden an dieser Stelle zitiert werden. „So ist seine Person (Stöcker) durch die Wirkungsgeschichte in die Vernichtung des europäischen Judentums verflochten. Sein Werk ist untrennbar mit dem modernen Antisemitismus verbunden. Die Synode des Kirchenkreises Minden hält Adolf Stöcker als Leitbild für evangelische Christen für unge-

eignet.“ Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Straße ihren Namen erst kurz nach der Machtübernahme der Nazis erhielt. Die Gedankenwelt von Stöcker passte gut in ihre Ideologie.

Die Stadt Mühlheim hat bereits im Jahr 1995 das Richtige getan und die Adolf-Stöcker-Straße in Anne-Frank-Straße umbenannt. Dies wird nun endlich auch in Bochum geschehen. Es wäre auch ein politischer Skandal gewesen, wenn wir die Einweihung der Synagoge gefeiert hätten und es in Bochum weiterhin eine Straße gäbe, die nach einem Antisemiten benannt wurde.

*Jürgen Plagge-Vandelaar*



## Sparkasse – Gut für Bochum

Ein Satz, den die Linksfraktion voll unterstützt. Gut für Bochum ist auch ein kostenfreies Girokonto für ALG-II-BezieherInnen, da dies auch ein Stück sozialer Gerechtigkeit herstellen würde, denn den Sozialhilfe-EmpfängerInnen wurde schon vor Jahren ein solches Konto eingeräumt.

Vor diesem Hintergrund stellte die Linksfraktion im Frühjahr den Antrag auf ein kostenfreies Konto bei der Sparkasse. Über diesen Antrag wurde nicht entschieden, da der Ausschuss zunächst von der Sparkasse über die Kosten informiert werden wollte.

Das Ergebnis dieser Prüfung hat uns nicht verblüfft: zu teuer.

Ein solches Konto mag zwar den Gewinn der Sparkasse schmälern, wir sehen das aber nicht als schädlich an. Im Gegenteil – die Sparkasse muss sich ihrer sozialen Verantwortung stellen.

Und deswegen stellte die Linksfraktion den Antrag auf der Sozialausschusssitzung am 21. November erneut. Nach stellenweise heftiger Diskussion wurde der Antrag einstimmig abgelehnt – die Linksfraktion hat nur beratende Stimme, d.h. sie kann nicht mitstimmen. Ein wenig Positives gibt es dann doch noch zu vermelden. Die kommunalen VertreterInnen von SPD und GRÜNEN wollen sich im Ver-



waltungsrat der Sparkasse für das kostenfreie Konto einsetzen. Nun denn – wir haben ein Auge drauf und werden bei passender Gelegenheit nachfragen. Auf diesem Topf ist für uns der Deckel noch lange nicht drauf! **Ernst Lange**

**Nachsatz:** Telekom, Gerolsteiner, Wiesenhof haben sich aus dem

professionellen „Radsport“ verabschiedet – aus gutem Grund. Sparkasse „Gut für Bochum“ radelt immer noch. Da sich die Sparkasse weigert, die Summe für dieses Engagement mitzuteilen, wird über eine hohe sechsstelligen Summe spekuliert. Ein kostenfreies Girokonto für ALG-II-BezieherInnen wäre BESSER.

## IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum

Ernst Lange (V.i.S.d.P.)

Altes Postgebäude

Willy-Brandt-Platz 1 – 3

44777 Bochum

Tel.: 0234 – 910-1295 /-1296

Fax: 0234 – 910-1297

linksfraktion@bochum.de

www.linksfraktion-bochum.de

Fotos: pixelio (S.1,2,3)

Linksfraktion Archiv (S.1,2,4)

## LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:

@